Nummer 517

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Abendausgabe · Preis 10 Milliarden Mk. 69. Jahrgang

Dienstag, 6. November 1923

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Bongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 35/36
GRUNDSTÜCKE

Wirth-Koalition?

Auch heute nachmittag kann noch nichts Endgültiges über den weiteren Verlauf der innerpolitischen Entwicklung berichtet werden. Die heute tagenden Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten haben ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen.

Wohin es aber nach dem Wunsch der Sozialdemokraten gehen soll, läßt sich aus den Artikeln des „Vorwärts" während der letzten Tage ersehen. Immer wieder ruft er nach der Regierung, die entschlossen ist, die Republik zu verteidigen, und zwar nötigenfalls in einem Kampf auf Leben und Tod. Das ist die Sehnsucht nach der alten Wirthkoalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Im Zentrum arbeitet der Wirthflügel natürlich in derselben Richtung, und auch bei den Demokraten lebt der gleiche Wunsch.

Der Demokratische Zeitungsdienst stellt nämlich zur Lage heute fest, Stresemann wolle mit dem aufgefüllten Rumpfkabinett dieselbe Politik machen wie bisher, und fährt dann fort:

„Der neue Kurs soll also die geradlinige Fortsetzung des bisherigen alten bleiben. Trotzdem hat sich die Demokratische Reichstagsfraktion, die gerade in den Krisenstunden vollzählig in Berlin versammelt war, noch nicht sofort entscheiden können, welche Haltung sie der Neugestaltung der Dinge gegenüber einnehmen soll. Einmal wollte sie nicht ohne Fühlungnahme mit den anderen Regierungsparteien vorgehen, deren Fraktionen noch nicht zusammengetreten waren. Und sodann wollte sie abwarten, ob die große Koalition in Preußen erhalten bleibt, auf deren Weiterbestehen sie aus verschiedenen Gründen das größte Gewicht legt. So hat sie eine neue Fraktionssitzung auf heute, Dienstag, einberufen, in der die Entscheidung darüber fallen soll, ob die Demokraten in der Regierung bleiben oder austreten. Daß diese Entscheidung von ganz außergewöhnlicher Tragweite in der gegenwärtigen Zeit ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. . . Wenn die Gewißheit gegeben werden kann, daß die beiden vornehmlichsten Aufgaben der Stunde, die rücksichtslose Einsetzung aller Kräfte für die Verteidigung der Republik und der Staatsautorität, von der neuen Regierung tatkräftig gefördert werden sollen, dann wird sich die Demokratische Partei heute so wenig wie früher ihren staatserhaltenden Pflichten entziehen. Wenn dagegen beruhigende Besorgnisse nicht beseitigt werden könnten, daß der Kurs nach rechts gesteuert und den anstürmenden reaktionären Gewalten nicht mit rücksichtsloser Entschiedenheit entgegengetreten werden soll, dann würden die Demokraten die Verantwortung nicht übernehmen können, dabei irgendwie hilfreiche Hand zu leisten."

Die Personen sind also bei Sozialdemokraten, Demokraten und linkem Zentrum vollständig die gleichen. Es verlautet auch, daß die Vertreter der drei Parteien untereinander lebhaft verhandeln und daß sie gestern ohne einen Vertreter der Volkspartei beim Reichspräsidenten, neben dem sich der Reichskanzler befand, gewesen sind.

Wir hoffen, daß Wirth-Pläne an den besonnenen Elementen des Zentrums und der Demokraten scheitern. Denn abermals ein Wirthsches Experiment auf außenpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet zu machen, und gleichzeitig gegen Bayern vorgehen und dem ganzen deutschen Volk die Liebe zur Republik aufzwingen zu wollen, das hieße die Gegensätze sofort bis zum offenen Kampf steigern.

Das Reichskabinett

hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Reihe schwebender Fragen beschäftigt, unter anderem auch mit Problemen, die das besetzte Gebiet betreffen. Ferner hat sich das Kabinett mit den bereits bekanntgegebenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungsfragen beschäftigt; dazu gehört auch der Plan des Finanzministeriums einen Uebergangshaushaltsplan aufzustellen, der auf der Goldbasis aufgebaut ist und bis zum 31. März des nächsten Jahres Geltung haben soll. Der Zweck dieses Planes ist, Ordnung auch in den Haushaltsplan zu bringen. Es wird eine Reihe von Ausgaben des Reiches erheblich gekürzt werden. Eine Entscheidung ist über diese Frage im Kabinett noch nicht getroffen. Das Kabinett dürfte sich heute erneut mit diesen Fragen beschäftigen und wahrscheinlich heute zu einer Entscheidung kommen.

Aufruf der Demokraten.

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung an ihre Parteimitglieder ihrerseits einen Aufruf, an dessen Schluß es heißt:

„Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Aufrufes Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu verstärken, haben die waffengeübten Demokraten dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten. Werkt in unsern Reihen für diese Pflicht! Trefft die erforderlichen Vorbereitungen. Die Deutsche Republik ist stark gegen die Reichsgerstörer, wenn sie stark sein will und auf einmütige Hilfe rechnen kann."

Eine Hilfsspende der Stadt Wien.

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat beschlossen, zur Linderung der Not im Deutschen Reiche eine Milliarde österreichische Kronen zu spenden und diesen Beitrag dem Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen. Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Wien für die hochherzige Spende gedankt.

Die sächsische Regierungserklärung.

Bd Dresden, 6. November.

Eigener Drahtbericht.

Ministerpräsident Fellisch gab heute folgende Regierungserklärung ab: „Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not von Volk und Land ihr verantwortungsvolles Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und sie zu schützen. Jeder Versuch, sie zu verletzen, von woher er auch kommen möge, sprengt das soziale Gefüge eines Landes, zerrüttet Kraft und vernichtet seine wirtschaftliche und kulturelle Fruchtbarkeit. Es schien geboten, die dem allgemeinen Volkswillen widersprechende reichskommissarische Verwaltung in Sachsen so rasch wie möglich durch eine ordnungsmäßige Regierung zu ersetzen, die in der Beachtung und dem Schutz der Reichs- und Landesverfassung ihre oberste Pflicht sieht. Ich versichere, daß die Regierung ihre Pflicht getreu erfüllen wird. Sie fordert aber Beachtung der Verfassung im ganzen Reich und rücksichtsloses Vorgehen der Reichsgewalt überall dort, wo wirklich Verfassungsbruch vorliegt. Es darf aber nicht vorkommen, daß in Deutschland die verfassungsmäßige Regierung eines Landes, die die Einheit des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung erhalten wissen will, durch das Reich beseitigt wird. **Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die abgesetzte sächsische Regierung eine Form in Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unerträglich ist.** Die Reigerung appelliert an alle Kreise, mitzuarbeiten, und verspricht, alles zu tun, um das Wirtschaftsleben zu fördern.

Zum Schluß heißt es: Die neue Regierung stellt den ernstesten Versuch dar, auf verfassungsmäßiger parlamentarischer Grundlage die Militärdiktatur im Lande zu beseitigen und die ordnungsmäßige Regierungsgewalt in Sachsen wieder herzustellen. Sie erwartet, daß die Aufgabe im ganzen Lande und vom ganzen Volke nicht'g erkannt und an ihrer Lösung von allen redlich mitgearbeitet werden wird, um hohe Güter für Wirtschaft und Freiheit zu retten.

An die Erklärung schloß sich nach einer Pause die Aussprache an.

Verstärkung der Reichswehr in Thüringen.

Berlin, 6. November.

Dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, Generalleutnant Reinhardt, der bisher dort nur über geringe Truppenkräfte verfügte, sind mehrere Bataillone, Batterien und Schwadronen als Verstärkung zugeführt worden, um ihm zu ermöglichen, für die Durchführung seiner Verordnungen und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter allen Umständen zu sorgen.

Separatistenherrschaft in Kaiserslautern.

Ausrufung der „Freien Pfalz". — Von den Besatzungsbehörden anerkannt.

Kaiserslautern, 6. November.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags durchzogen bewaffnete Separatisten in Autos, auf Rädern und zu Fuß die Stadt und requirierten in verschiedenen Geschäften in der Hauptsache Lebensmittel. Gegen 3/4 4 Uhr fand vor dem Bezirksamt die Ausrufung der Freien Pfalz als eines Teiles der Rheinischen Republik statt, wobei der Landwirt Heinz-Orbis, Führer der Freien Bauernschaft, eine Ansprache an die Sonderbündler hielt. Die zahlreich versammelte Menge antwortete mit Pfui-Rufen. Alsdann verlas ein Sonderbündlerführer eine Proklamation, in der u. a. mitgeteilt wurde, daß vom Delegierten des Bezirks Kaiserslautern wegen der Unruhen, die angeblich am Nachmittag vorgekommen seien, eine Verkehrssperre auf unbestimmte Zeit verhängt wurde. Die Sperre beginnt abendsd um 7 Uhr und endigt morgens um 6 Uhr. Weiterhin sind Zusammenrottungen von mehr als fünf Personen verboten. In einem Anschlag weisen die Separatisten darauf hin, daß sie von der Besetzungsbehörde anerkannt seien. Wie verlautet, ist der hiesige Friseur Pfaffmann zum Bürgermeister ernannt worden. In den Abendstunden durchzogen die Sonderbündler bewaffnet die Straßen der Stadt und hielten jeden Passanten an.

Kaiserslautern, 6. November, 10,45 Uhr.

Soeben haben die Separatisten das Hauptpostamt besetzt. Vor dem Gebäude patrouillieren Posten mit vorgehaltenem Karabiner, die die Leute auseinandertreiben. Heute morgen gegen 3 Uhr erhielten die Separatisten Verstärkung von 600 Mann. Die Polizei soll bis heute nachmittag eine Erklärung abgeben, ob sie gewillt ist, ihren Dienst unter den Separatisten weiter zu verrichten, andernfalls sie entlassen werden würde.

Entwaffnung der Separatisten in Bonn?

Nach in Berlin vorliegenden Nachrichten sind in Bonn die Separatisten von den Franzosen entwaffnet worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Französischer Druck auf Belgien.

London, 6. November.

Der Kölner Sonderberichterstatter schreibt, die Franzosen übten einen scharfen Druck auf die Belgier aus, um sie zur Wiederaufnahme der offenen Unterstützung zu bewegen, die sie früher den bewaffneten Separatisten gewährt hätten. Sie hätten insoweit Erfolg gehabt, als die Belgier bis heute wenig getan hätten, um dem Terror in den übrigen Teilen des belgischen Gebiets außerhalb Aachens ein Ende zu bereiten. Es seien Anzeichen vorhanden, daß die Belgier diesem Druck nachgeben. Bezeichnende Befehle seien an verschiedenen Stellen der belgischen Zone, die bisher von der Okkupation verschont geblieben seien, an die Polizei erteilt worden. Sie untersagten das Schießen auf irgendwelche separatistische Angreifer. In Krefeld hätten die Belgier die Errichtung einer separatistischen Polizeitruppe gestattet.

Wenn die Belgier nicht die neutrale Politik, die sie am Freitag angenommen hätten, weiter aufrecht erhalten, so bedeutet dies eine erneute Bedrohung für die belgische Zone. Alles deutet darauf hin, daß die Franzosen mit den belgischen Nationalisten erneut Anstrengungen unternehmen, um eine Lostrennung mit Gewalt durchzusetzen.

Die Verhandlungen mit Ruhrindustriellen.

Paris, 6. November.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist gestern zwischen der französisch-belgischen Ingenieurmission und den Vertretern des Ruhrbergbaues Vögeler, Klöckner, Thyßen, Reutsch und Huber verhandelt worden. Der neue Wortlaut des abgeänderten Abkommens sei geprüft worden. Die Bergbau-Vertreter hätten jetzt noch mit den Direktoren der Betriebe des Abkommens zu besprechen. Am nächsten Montag soll eine neue Besprechung stattfinden. Inzwischen würden die Vertreter der den Metallkonzernen nicht angeschlossenen Gruben mit der Ingenieurmission über die sie betreffenden Sonderfragen verhandeln.

Der Raub von Goldanleihe im Ruhrgebiet.

Zu der Meldung über den Raub von Goldanleihe im Ruhrgebiet wird die Franzosen erfahren wir an unterrichteter Stelle noch, daß es nicht beabsichtigt ist, größere Sendungen versicherungsmäßiger Notgelder an das Ruhrgebiet zu senden.

Die amerikanischen Entschädigungsansprüche wegen Torpedierung der „Lusitania".

London, 6. November.

Reuter meldet: Der gemischte Ausschuß für Entschädigungsansprüche hat die amerikanische Forderung gegen Deutschland wegen Ersatz für den Verlust von Menschenleben, Gesundheitsschädigungen und Eigentumsverluste infolge der Torpedierung der „Lusitania" genehmigt. Nach den von dem Ausschuß niedergelegten Grundsätzen werden Ansprüche in Höhe von 22 600 000 Dollar für Verluste anläßlich des Unterganges der „Lusitania" genehmigt, dagegen 345 Millionen Dollar Ansprüche wegen Ersatz für die Kriegsrisikoversicherungsprämien, die von amerikanischen Reedern bezahlt sind, abgelehnt werden.

Riesen-Flottenmanöver in den Vereinigten Staaten.

TU New-York, 6. November.

Im Januar 1921 werden die größten Flottenmanöver stattfinden, die die Annalen der Vereinigten Staaten zu verzeichnen haben. Die Flotten des Atlantischen und Stillen Ozeans werden am 3. Januar ihre Häfen verlassen und in den beiden Ozeanen Seeschlachten liefern. Die neuen Kreuzer und die mit den modernsten 16-zölligen Kanonen ausgestatteten Dreadnoughts werden daran teilnehmen.

Ult imatum Südslawiens an Bulgarien.

TU Belgrad, 5. November.

Heute mittag überreichte der südslawische Gesandte in Sofia dem bulgarischen Außenminister eine Note, in welcher für die vor einigen Tagen erfolgte Ermordung eines Mitgliedes der südslawischen diplomatischen Mission in Sofia von der bulgarischen Regierung eine Entschuldigung und die Erklärung gefordert wird, daß sie den Vorfall bedauere, ferner eine Entschuldigung der bulgarischen Regierung gegenüber dem Vertreter des Königreiches S. H. S. in Sofia, weiter eine persönliche Erklärung des Bedauerns seitens des bulgarischen Kriegsministers gegenüber dem südslawischen Militärattache. Eine Abteilung von 250 bulgarischen Soldaten habe die Ehrenbezeigung vor der südslawischen Fahne auf dem Gebäude der südslawischen Gesandtschaft in Sofia zu leisten. Weiter ist eine energische Untersuchung durch die bulgarische Behörden vorzunehmen und sind baldigst die Verbrecher ausfindig zu machen und diese, sowie deren Mitschuldige strengstens zu bestrafen. Die materielle Entschädigung für die Verletzung der überfallenen Personen wird dem ständigen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet werden. Für die Durchführung der drei ersten Punkte wurde der bulgarischen Regierung eine Frist von 48 Stunden eingeräumt.

Nordamerika und Poincarés Vorbehalte.

Die Sabotierung der Reparationsregelung. — Enttäuschung in England.

TU London, 6. November.

Der offizielle Text der französischen Antwort ist gestern nachmittag im Foreign Office eingetroffen. Poincaré faßt seine Vorbehalte darin wie folgt zusammen:

1. Die Aufgabe des Sachverständigenausschusses besteht lediglich in Beurteilung der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit Deutschlands.

2. Die Zuständigkeit der Mitglieder des Ausschusses darf nicht über diejenige der Mitglieder der Reparationskommission hinausgehen.

3. betont der französische Ministerpräsident, daß, falls sich sich die Sachverständigen versammelten, sie sich keinesfalls zu den wirtschaftlichen Abschlüssen im Ruhrgebiet zu äußern hätten.

Die britische Regierung dürfte wahrscheinlich heute vormittag zusammentreten, um zu dem französischen Standpunkt Stellung zu nehmen. An Hand der Londoner Meldungen ist anzunehmen, daß die Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten der Reichskonferenz unterbreitet wird. Die englischen Minister werden heute darüber beschließen, ob eine Einladung an die Vereinigten Staaten gerichtet werden soll oder nicht.

Die Pariser Morgenblätter rechnen damit, daß Lord Curzon seine diplomatische Offensive jetzt fallen lassen und kein Einladungstelegramm nach Washington senden wird und auf den Sachverständigenplan verzichten wird. Im übrigen werde, so heißt es in den tendenziösen Kommentaren der Pariser Presse weiterhin, der englische Außenminister neue Versuche machen, die angelsächsische Welt gegen Frankreich moralisch aufzubringen.

eca London, 6. November.

Die Enttäuschung in maßgebenden Kreisen über die Stellungnahme Poincarés dauert hier an. Der Gedanke, daß die Sachverständigenkonferenz überhaupt nicht zustande kommen könne, wird von einer Reihe von Blättern und von mehr als einem Politiker geäußert. Baldwin soll davon überzeugt sein, daß ein praktisches Ergebnis der Sachverständigen-Untersuchung ohne die Teilnahme Frankreichs vollkommen ausgeschlossen ist. Der Ministerpräsident hielte aber die große moralische Offensive, die augenblicklich gegen Frankreich im Gange ist, für vollkommen überflüssig, wenn sie nicht zu praktischen Ergebnissen führe. Infolgedessen machen sich denn auch die Stimmen, die zu einem vorläufigen Nachgeben gegenüber Frankreich mahnen und die glauben, man könne immer noch versuchen, soviel wie möglich aus der Sachverständigenkonferenz zu machen, selbst wenn sie durch die französischen Vorbehalte in ihren Arbeiten behindert werde. Es ist aber bis zur Stunde schwer zu sagen, ob diese Stimmen die Oberhand behalten.

eca Paris, 6. November.

Die Pariser Presse verschweigt kaum mehr, daß die Unstimmigkeiten zwischen der französischen und der belgischen Regierung über die Einladung an Amerika größer sind, als man in den letzten Tagen zugegeben hat, daß aber gleichzeitig auch die belgische Regierung versucht, zwischen den entgegengesetzten Auffassungen eine vermittelnde Haltung einzunehmen.

TU Paris, 6. November.

Gestern hatte der belgische Außenminister Jaspar eine lange Unterredung mit dem französischen Botschafter in Brüssel, Herrn Herbette, betreffend die Ereignisse im Rheinland und die Verhandlungen in der Frage des Sachverständigenprojektes.

Jusserand bei Hughes.

eca Paris, 6. November.

Einer offiziellen französischen Meldung aus Washington zufolge hat die gestrige Unterhaltung Jusserands mit Staatssekretär Hughes eine zwei Stunden gedauert. Die lange Dauer dieser Zusammenkunft und der freundschaftliche Ton, heißt es in der Meldung, scheint den gegenseitigen Wunsch, zu einer Verständigung und zu einer Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten anzuzeigen. Jusserand, so wird weiter mitgeteilt, wird den Präsidenten Coolidge heute 10,15 Uhr vormittags amerikanischer Zeit sprechen.

*

London, 6. November.

Der New-Yorker Berichterstatter des „Daily Chronicle" erfährt von bester Seite, es bestehe keine Wahrscheinlichkeit für irgend eine Aenderung in der Haltung der Vereinigten Staaten infolge der von Poincaré durch den französischen Botschafter Jusserand gegenüber Staatssekretär Hughes erhobenen Vorstellungen. Jusserand würde eine persönliche Zusammenkunft mit Präsident Coolidge haben, der ebenso wie Staatssekretär Hughes ernstlich hoffe, daß er die Möglichkeit habe, Poincaré zu überreden, dem Sachverständigenausschuß keine Beschränkungen aufzuerlegen.

Wenn diese Vorstellungen fehlschlagen sollten, so werde Amerika seinerseits mit der Untersuchung nichts mehr zu tun haben wollen. Dem Berichterstatter zufolge ist nicht eine einzige der Beschränkungen Poincarés für den amerikanischen Staat annehmbar.